

**ANFRAGE** vom 19.11.2013

A. Nr. 165

**Überwachungsskandal und Fragen zur Datensicherheit im Kreis Offenbach**

An den  
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach  
Kreistagsbüro

im Hause

Mit der Bitte um Weiterleitung an den Kreisausschuss

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Monaten haben Aussagen und Dokumente von Edward Snowden, bis dahin Mitarbeiter der US-Geheimdienste CIA und NSA, eine permanente, umfassende und weltweite Überwachung digitaler Kommunikation und Ausspähung persönlicher Daten durch US- und britische Geheimdienste bestätigt.

Das Projekt **Prism** ermöglicht im Zusammenspiel mit anderen Programmen dem US-Geheimdienst den Zugriff auf die Daten von Onlineunternehmen – insbesondere auf die Online-Dienste (auch Cloud-Dienste) von Microsoft, Yahoo, Google, Facebook, PalTalk, AOL, Skype, YouTube und Apple. Ziel ist zudem die Überwachung digitaler Kommunikation und die Speicherung und Auswertung von Verbindungsdaten der Telekommunikation. Aus diesen „Metadaten“ sind individuelles Kommunikationsverhalten und persönliche Netzwerke ablesbar.

Mit seinem Pendant zum US-Projekt, **Tempora**, versucht Großbritannien, eine möglichst umfassende Überwachung des Internets und der Telekommunikation zu erreichen und übertrifft darin offenbar sogar das US-Programm.

Die Überwachung digitaler Kommunikation wird komplettiert und perfektioniert im neueren System **XKeyscore**, das Inhalte, Verbindungsdaten und Aktivitäten Protokolle des Mailverkehrs, von Online-Chats, Logins sowie die Browserhistorie umfassend speichert und durchsucht [*Glenn Greenwald: XKeyscore: NSA tool collects 'nearly everything a user does on the internet'; Onlineausgabe des Guardian, eingestellt am 31.07.2013*]. Dieses System wird von US- und britischen Geheimdiensten eingesetzt und vom BND und vom BfV zumindest getestet [*Verfassungsschutz testet NSA-Programm; Onlineausgabe der Zeit, eingestellt am 21.07.2013*].

Gegen die umfassende und flächendeckende Überwachung ist aus der Bevölkerung ein breiter Protest erwachsen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Mitglieder mancher Parteien rufen unter dem Motto „**Stop watching us!**“ für den 31.08.2013 zu deutschlandweiten Protesten auf. Die Bundesregierung stellt sich jedoch bislang auf den Standpunkt, dass Datenschutz eine Aufgabe des einzelnen Bürgers sei. So forderte Bundesinnenminister Friedrich die Bürger dazu auf, ihre elektronischen Daten selber zu schützen [*Friedrich fordert Deutsche zu besserem Datenschutz auf; Onlineausgabe der Zeit, eingestellt am 16.07.2013*].

**ANFRAGE** vom 19.11.2013**Überwachungsskandal und Fragen zur Datensicherheit im Kreis Offenbach**

Auch regierungsnahen Sicherheitspolitiker bestreiten die Möglichkeit gesetzlich gegen die Verletzung des Datenschutzes vorzugehen und fordern die Bürger zur Verschlüsselung ihrer digitalen Kommunikation auf. Da zum Beispiel ein Mailverkehr auch dann über die USA laufen kann, wenn Sender und Empfänger in Deutschland sind, könne die deutsche Gesetzgebung hier keinen Schutz bieten. [*„Die Regierung kann deine Daten nicht schützen“; Interview mit Hans Peter Uhl, Onlineausgabe der FAZ, eingestellt am 17.07.2013*]

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar dagegen sieht die Politik in der Pflicht, die Verschlüsselung digitaler Kommunikation aktiv zu fördern. Eine weitverbreitete Verschlüsselung verhindere nach seiner Einschätzung die Durchsuchung von Massen von Kommunikationsdaten. Eine Entschlüsselung und damit Überwachung werde dann aufgrund des Aufwandes auf tatsächliche Verdachtsfälle begrenzt. [*Schaar für mehr verschlüsselte Kommunikation; Pressemeldung auf dem Onlineauftritt von Bayern 2 / radioWelt, Stand vom 27.6.2013*]

Neben der Überwachung und Ausspähung von Privatpersonen ist nach Einschätzung von Experten auch Wirtschaftsspionage ein Ziel der umfassenden Überwachung und Ausspähung digitaler Kommunikation [*Constanze Kurz: Das prächtige neue Gewand der guten alten Wirtschaftsspionage; Onlineausgabe der FAZ, eingestellt am 14.06.2013*].

Der Datenschutzbeauftragte des Landes NRW, Ulrich Lepper, erklärt „Spätestens jetzt sollten alle Warnsignale leuchten.“ und empfiehlt mit Blick auf die Aktivitäten der US- und britischen Geheimdienste „allen Behörden des Landes und der Kommunen in NRW, zu überprüfen, ob die Konzepte für die Datensicherheit den Gefährdungsszenarien standhalten, die aktuell vorstellbar sind“ [*„PRISM“, „XKeyscore“ und die Folgen: Landes- und Kommunalbehörden müssen ihre Datensicherheit überprüfen; Internetauftritt des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit unter [www.ldi.nrw.de/](http://www.ldi.nrw.de/)*]

Die Verwaltung des Kreises Offenbach verfügt über eine Vielzahl von Daten über Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen. Sie steht im elektronischen Austausch mit Einwohnern des Kreises, mit anderen öffentlichen Stellen und mit Wirtschaftsunternehmen. Mitarbeiter der Kreisverwaltung nutzen für ihre tägliche Arbeit das Internet und auch Onlinedienste der oben genannten Unternehmen. Der Kreis Offenbach unterhält Internetauftritte, die von einer Vielzahl von Menschen genutzt werden.

Viele solcher digitalen Aktivitäten, an denen der Kreis Offenbach in der einen oder anderen Weise beteiligt ist, werden nach dem aktuellen Kenntnisstand mit den oben genannten Projekten überwacht, gespeichert und ausgewertet.

In diesem Zusammenhang stellt die Fraktion DIE LINKE. die folgenden Fragen:

1. Beschäftigt sich die Verwaltung mit den Auswirkungen der Überwachungsskandale auf die Datensicherheit des Kreises Offenbach und auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Einwohnern und Mitarbeitern desselben? Was sind die bisherigen Aktivitäten und welche Dienststellen sind daran beteiligt?
2. In welchen Hinsichten sieht die Verwaltung datenschutzrechtliche Belange und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Verantwortungsbereich des Kreis Offenbach, bei Aktivitäten der eigenen Mitarbeiter im Internet, in der Kommunikation des Kreises zu anderen öffentlichen Stellen, in der Kommunikation zu Privatpersonen und bei der Nutzung kreiseigener Onlineangebote durch Privatpersonen betroffen?

**ANFRAGE** vom 19.11.2013

**Überwachungsskandal und Fragen zur Datensicherheit im Kreis Offenbach**

3. Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für vorstellbar, um den nun bekannten Gefahren für die Datensicherheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu begegnen und den Schutz von Daten in Bezug auf die unter 2. genannten Bereiche zu erhöhen?
4. Wie schätzt die Verwaltung in diesem Zusammenhang die folgenden Maßnahmen ein:
- a. Erreichbarkeit aller Seiten der Domain kreis-offenbach.de über HTTPS und eventuell die komplette Umstellung dieser Domain auf HTTPS,
  - b. Unterstützung von Perfect Forward Secrecy auf den vielleicht HTTPS-unterstützenden Seiten der Domain kreis-offenbach.de,
  - c. Verwendung von SMTP TLS (Transport Layer Security) auf dem Mail-Server des Kreises Offenbach von kreis-offenbach.de,
  - d. Möglichkeit, auf Wunsch mit Mitgliedern der Kreisverwaltung mittels PGP-verschlüsselter E-Mails zu kommunizieren,
  - e. die Verwendung anonymisierender Browser in der Kreisverwaltung,
  - f. einen Verzicht auf gefährdete Online-Dienste,
  - g. einen Verzicht auf Software der oben genannten Unternehmen und den Einsatz von Software mit offenem Quellcode?

Herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Elgert  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE. im Kreis Offenbach



# Kreis Offenbach

Kreis Offenbach · Werner-Hilpert-Straße 1 · 63128 Dietzenbach

An die  
Fraktion DIE LINKE  
Werner-Hilpert-Straße 1  
63128 Dietzenbach

## Der Kreisausschuss

Büro Kreistag

Ansprechpartner  
Wigbert Appel

Telefon:  
06074/8180-3422

Telefax:  
06074/8180-3944

E-Mail:  
w.appel@kreis-offenbach.de

Zeichen:  
10.1-03 A 165

Datum:  
05.12.2013

### Überwachungsskandal und Fragen zur Datensicherheit im Kreis Offenbach Ihre Anfrage vom 19.11.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage bezüglich **Überwachungsskandal und Fragen zur Datensicherheit im Kreis Offenbach** wird wie folgt beantwortet:

#### Fragen 1 und 3:

1. Beschäftigt sich die Verwaltung mit den Auswirkungen der Überwachungsskandale auf die Datensicherheit des Kreises Offenbach und auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Einwohnern und Mitarbeitern desselben? Was sind die bisherigen Aktivitäten und welche Dienststellen sind daran beteiligt?
3. Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für vorstellbar, um den nun bekannten Gefahren für die Datensicherheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu begegnen und den Schutz von Daten in Bezug auf die unter 2. genannten Bereiche zu erhöhen?

#### Antwort:

Die Kreisverwaltung beschäftigt sich mit der Einführung der verschlüsselten E-Mail-Kommunikation. Hierzu wird dem Kreistag voraussichtlich im Februar ein Bericht vorgelegt (siehe Beschluss des Kreistags vom 06.11.2013, DS-Nr. 707/2013). Darüber hinaus wird die Kreisverwaltung zukünftig auch per De-Mail erreichbar sein.

**Frage 2:**

In welchen Hinsichten sieht die Verwaltung datenschutzrechtliche Belange und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Verantwortungsbereich des Kreis Offenbach, bei Aktivitäten der eigenen Mitarbeiter im Internet, in der Kommunikation des Kreises zu anderen öffentlichen Stellen, in der Kommunikation zu Privatpersonen und bei der Nutzung kreiseigener Onlineangebote durch Privatpersonen betroffen?

**Antwort:**

Bei jeder Form der elektronischen Kommunikation (E-Mail, Internet, Intranet, Telefonie etc.) sind datenschutzrechtliche Belange betroffen.

**Frage 4 a. bis g.:**

Wie schätzt die Verwaltung in diesem Zusammenhang die folgenden Maßnahmen ein:

- a. Erreichbarkeit aller Seiten der Domain kreis-offenbach.de über HTTPS und eventuell die komplette Umstellung dieser Domain auf HTTPS,
- b. Unterstützung von Perfect Forward Secrecy auf den vielleicht HTTPS-unterstützenden Seiten der Domain kreis-offenbach.de,
- c. Verwendung von SMTP TLS (Transport Layer Security) auf dem Mail-Server des Kreises Offenbach von kreis-offenbach.de,
- d. Möglichkeit, auf Wunsch mit Mitgliedern der Kreisverwaltung mittels PGP-verschlüsselter E-Mails zu kommunizieren,
- e. die Verwendung anonymisierender Browser in der Kreisverwaltung,
- f. einen Verzicht auf gefährdete Online-Dienste,
- g. einen Verzicht auf Software der oben genannten Unternehmen und den Einsatz von Software mit offenem Quellcode?

**Antwort zu 4 a. und b.:**

Die unter der Domain kreis-offenbach.de betriebenen Webdienste sind – mit Ausnahme des Internet-Auftritts – bereits ausschließlich über HTTPS erreichbar bzw. leiten direkt auf HTTPS um und verwenden bevorzugt Verschlüsselungs-Suiten mit Forward Secrecy, sofern vom Client unterstützt; dies wird auch für den Internet-Auftritt des Kreises angestrebt.

**Antwort zu 4 c.:**

Die Mailserver des Kreises Offenbach unterstützen TLS und verwenden ebenfalls bevorzugt Verschlüsselungs-Suiten mit Forward Secrecy. Weiterhin wird der Mailverkehr mit zahlreichen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden nicht über das Internet, sondern über das auf Netzwerkebene verschlüsselte Behördennetzwerk „DOI – Deutschland Online Infrastruktur“ abgewickelt.

**Antwort zu 4 d.:**

Siehe Antwort zu Frage Nr. 1.

**Antwort zu 4 e.:**

Alle innerhalb des Netzwerks der Kreisverwaltung Offenbach stattfindenden Webzugriffe ins Internet werden über ein zentrales Proxysystem geleitet, welches diese nach außen hin über eine einzige IP-Adresse abwickelt und den Netzwerkverkehr auf potentiell schädliche Inhalte untersucht und im Verdachtsfall ggfs. dynamisch sperrt. Ein globales Sperren von Browserfunktionen, welche zum Tracking (Identifizieren) einzelner Nutzer verwendet werden können, ist nicht umsetzbar, da zahlreiche von den Anwenderinnen und Anwendern der Kreisverwaltung benötigte Webseiten diese zwingend voraussetzen.

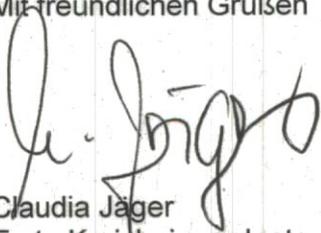
**Antwort zu 4 f.:**

Die Kreisverwaltung Offenbach verwendet keine Online-Dienste oder Cloud-Lösungen von außerhalb Deutschlands beheimateten Anbietern zur Verarbeitung personenbezogener Daten.

**Antwort zu 4 g.:**

Beinahe alle der in der Kreisverwaltung Offenbach eingesetzten Fachverfahren sind ausschließlich unter Microsoft Windows lauffähig, zahlreiche Fachverfahren nutzen Schnittstellen zur Bürosuite Microsoft Office. Alternativen für diese Fachverfahren, die entweder selbst quelloffen oder unter einem quelloffenen Betriebssystem lauffähig sind existieren nicht. Ein Verzicht auf Microsoft-Produkte im Kreishaus ist somit praktisch nicht umsetzbar.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Jäger  
Erste Kreisbeigeordnete